Positionspapier des CSU-Kreisverbands Aschaffenburg-Stadt

Stärkung des Wirtschaftsraums Aschaffenburg im Kontext der aktuellen Corona-Krise

Aschaffenburg, 26. Mai 2020. Zum Schutz der Bevölkerung wurden bundes- und landesweit weitreichende Kontaktverbote verhängt. Hierdurch sind große Teile des öffentlichen Lebens in Aschaffenburg betroffen. Aschaffenburg mit seinen zahlreichen Gewerbebetrieben wird prognostiziert bis zu 50% der Gewerbesteuereinnahmen zu verlieren, was sich stark in dem kommunalen Haushalt bemerkbar machen wird.

Ziel allen wirtschaftspolitischen Handelns ist die Sicherung und der Ausbau qualifizierter Arbeit sowie von Wohlstand und Wohlbefinden für Alle unter Beachtung und Schutz der Umwelt. Aus diesem Grund ist eine Strategie zu verfolgen, die den Schutz der Bürgerinnen und Bürger vor Covid-19 nicht vernachlässigt, zugleich die wirtschaftlichen und psychologischen Aus- und Nachwirkungen mildert und idealerweise Aschaffenburg als Ganzes für die Zukunft rüstet. Grundlegender Rahmen für alle weiteren Maßnahmen ist, solange es keine Herdenimmunität oder einen Impfstoff gibt, ein effizientes Contact Tracing mit hinreichenden Testkapazitäten.

Das Ausmaß der Krise hängt stark von Erwartungen und psychologischen Faktoren ab. Wirtschaftspolitische Maßnahmen für unsere Volkswirtschaft müssen daraufhin abgestimmt werden. Dies ist Aufgabe des Bundes sowie des Freistaates Bayern. Die folgenden Positionen des CSU Kreisverbandes Aschaffenburg-Stadt beziehen sich im Wesentlichen auf wirtschaftsförderungspolitische Maßnahmen, die auf kommunaler Ebene bei uns vor Ort in Aschaffenburg angestoßen werden können.

1. Klares Bekenntnis zur Industrie und dem herstellenden Gewerbe, da dies die Grundlage des Wohlstands in unserer Region ist. In diesem Zusammenhang fordern wir den Ausbau einer aktiven Wirtschaftsförderungspolitik mit wirtschaftsfreundlicher Einstellung gegenüber KMU in Stadt und Stadtverwaltung. Dies kann beispielsweise durch eine intensivere Begleitung und Unterstützung für Kleine und Mittelständische Unternehmen (KMU) geschehen, insbesondere durch die Effektivierung/Aktivierung des Wirtschaftsförderungsausschusses als wichtiges Austauschforum kommunaler Wirtschaftsförderungspolitik. Kommunale Strukturentscheidungen sollen zur Erhöhung der allgemeinen Planungssicherheit der Unternehmen beitragen.

2. Aktive Begleitung der Betriebe bei der Beantragung von Investitions- und Forschungszuschüssen. In diesem Zusammenhang soll die Kompetenz und das Angebot der IHK sowie auch der regionalen Beratungsunternehmen mit der Spezialisierung auf Betriebswirtschaft und Digitalisierung in der Krise verstärkt genutzt und einbezogen werden.

3. Aktive Entbürokratisierung durch die verstärkte digitale Ausgestaltung von Behörden sowie der Weiterentwicklung der Digitalisierung der Prozesse innerhalb der Verwaltung. Digitale Lösungen, die im Kontext der Corona-Pandemie entwickelt wurden, können hierbei als Basis dienen und darauf aufbauend weiterentwickelt werden. Aschaffenburg soll im Einklang mit dem Onlinezugangsgesetzes seine Verwaltungsleistungen für die Bürger sowie die Gewerbetreibenden weiter ausbauen. Eine verstärkte weitere Bündelung von entsprechenden Verwaltungsleistungen kann beispielsweise in der Aschaffenburg App erfolgen.

4. Handel, Gastronomie, die Tourismusbranche sowie der Kulturbereich gehören zu den am schwersten getroffenen Bereichen der Krise. Deshalb ist die Erreichbarkeit der Innenstadt sowie ihre Aufenthaltsqualität von zentraler Bedeutung. Beides ist bei der Neugestaltung und Veränderung der Innenstadtplanung zu berücksichtigen. Während der coronabedingten Kontakteinschränkungen können Erweiterungsflächen als Sondernutzungsbereiche im Kontext der Wiedereröffnung der Gastronomie freigegeben werden. Weiterhin sollen der Aufenthalt und das allgemeine Wohlbefinden in der Innenstadt weiter gesteigert werden. Dies kann beispielsweise durch Gestaltung einer grüneren Innenstadt zur Verbesserung des städtischen Mikroklimas erreicht werden. Mehr Veranstaltungen, progressive Öffnung und aktive Vermarktung kommunaler Liegenschaften für Veranstaltungen sowie eine stärkere Vernetzung mit dem Umland können zur Erhöhung der Gästefrequenz in Aschaffenburg beitragen.

5. Unterstützung der TH AB:

- Sicherung von möglichen Erweiterungs- und Reserveflächen für die TH Aschaffenburg. Ausgangspunkt kann auch hier die positive Stellungnahme unseres Ministerpräsidenten zur Frage der Bemühungen um den Erwerb des TVA-Geländes sein.
- Unterstützung bei der Weiterentwicklung des Hochschulstandorts, beispielsweise auch durch Bündelung von Initiativen im Hinblick auf eine Stiftungsprofessur. Damit können Unternehmen bestärkt werden, eine Professur zu finanzieren. Die Zusammenarbeit der TH Aschaffenburg mit lokalen Unternehmen sollte weiter gestärkt werden.
- Unterstützung einer weiteren Internationalisierung der TH Aschaffenburg sowie der Verbesserung der ÖPNV-Anbindung der TH in die umliegenden Gemeinden, beispielsweise durch ein attraktives grenzübergreifendes ÖPNV-Ticket.

6. Weiterer Ausbau des Digitalen Gründerzentrums und Einbettung in die Strukturen der Wirtschaftsförderung sowie die Förderung einer Start-Up-Kultur. Begleitend ist eine Attraktivitäts- und Bekanntheitssteigerung Aschaffenburgs als „Digitale Modellstadt“ in Kooperation mit der TH Aschaffenburg und Start-Ups anzustreben. Ein großer Schritt in diese Richtung stellt der neue Lehrstuhl für Künstliche Intelligenz dar. Die bestehende Verankerung der Gründungslehre „Entrepreneurship“ an der Hochschule kann dies zusätzlich ergänzen. Begleitend ist die Zusammenarbeit zwischen der Stadtverwaltung und der TH Aschaffenburg weiter zu vertiefen, um Forschungsvorhaben zum Thema „Smart City“, Künstliche Intelligenz und autonomes Fahren vor Ort unbürokratisch umsetzen zu können.

7. Bekenntnis zur lokalen Künstlerszene, beispielsweise durch Kunst am Bau bei kommunalen Bauvorhaben sowie durch Erleichterungen bei der Genehmigung von kulturellen Projekten.

8. Förderung der Regionalität bei der Nahrungsmittelversorgung beispielsweise unterstützt durch das Stadtmarketing. Dazu ist die Attraktivität des Wochenmarkts nach und während der Coronazeit zu fördern. Die Stärkung des lokalen Einzelhandels mittels digitaler Plattformen wie der Initiative #AschaffenburgStehtZusammen soll weiter vorangetrieben und von der Stadt im Sinne der Betriebe und Bürger begleitet werden.

9. Unterstützung der ortsansässigen Schausteller in den kommenden Jahren durch erleichterte Genehmigungsverfahren sowie bei der Unterstützung von alternativen Geschäftsmodellen, wenn einzelne Veranstaltungen und Feste aus Gesundheitsschutzgründen entfallen. Im Rahmen von Genehmigungen sollen Erleichterungen in Detailfragen seitens der Stadt umgesetzt werden. Die verstärkte Einbindung alternativer Veranstaltungsorte wie beispielsweise des Schöntals, des Volksfestplatzes und weiterer öffentlicher Plätze stellt eine Möglichkeit dar, das Kultur- und Erlebnisangebot für die Bürgerinnen und Bürger zu erhöhen und Schaustellern eine Zukunftsperspektive während und nach der Coronazeit zu bieten.

10. Bestehende Ausbildungsplätze durch die Krise tragen – Fachkräftemangel abfedern. Durch Corona sind etwaige Insolvenzen leider nicht zu verhindern. Wir setzen uns dafür ein, Ausbildungsverhältnisse, die dadurch enden müssten, aufzufangen. Wir möchten hier über die Berufsschulen, die IHK und die Stadtverwaltung ein Netzwerk aufbauen, um die Möglichkeit zu schaffen, diese Ausbildungen nahtlos weiter zu führen. Um weitere Fachkräfte für die Region zu gewinnen, ist unsere Region als Ausbildungsstandort und attraktive Stadt im Rhein-Main-Gebiet durch das Stadtmarketing noch stärker zu bewerben. Dies sollte in Zusammenarbeit mit der Wirtschaft geschehen. Bezahlbaren Wohnraum gezielt für Angehörige von Mangelberufen zu schaffen kann ebenfalls dazu beitragen.